

Wirtschaftspolitische Informationen



Wirtschaft
Technologie
Umwelt | Vorstand

Aktuelle wirtschafts-, technologie- und umweltpolitische Themen

Nr. 02 / 6. Februar 2007
(ersetzt Nr. 28/2006)

Kurz und bündig

Sechs Gründe für verteilungsgerechte Löhne

- Trotz guter Konjunktur: der private Konsum ist nach wie vor schwach. Wenn das Wachstum nachhaltig sein soll, **brauchen wir mehr Binnennachfrage**. Ohne höhere Löhne geht das dauerhaft nicht.
- **Wachstum braucht Verteilungsgerechtigkeit**. Die Lohnquote sinkt. Damit die verteilungspolitischen Ungleichgewichte nicht noch größer werden, müssen die Löhne mindestens so schnell wie Produktivität und Preise steigen.
- Die wirtschaftliche Situation in der **Holz- und Möbelindustrie hat sich deutlich verbessert**.
- Die **holzbe- und verarbeitenden Unternehmen** konnten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter steigern.
- **Lohnerhöhungen sind von der Holz- und Möbelindustrie finanzierbar**. Die Lohnstückkosten sind in den letzten Jahren gefallen, die Produktivität steigt kräftig.
- Die **Tarifparteien haben eine Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Frieden**. Allerdings kann die Lohnpolitik allein die binnenwirtschaftlichen Probleme nicht lösen. **Vor allem die Mehrwertsteuererhöhung bremst das Wachstum 2007 ab**. Kräftige Beschäftigungseffekte bleiben deshalb aus. Die geringen öffentlichen Investitionen schwächen die Binnennachfrage und gefährden langfristig die Standortqualität.

Autoren:

Gesamtwirtschaftlicher Teil:

Ulrich Eckelmann und Wilfried Kurtzke

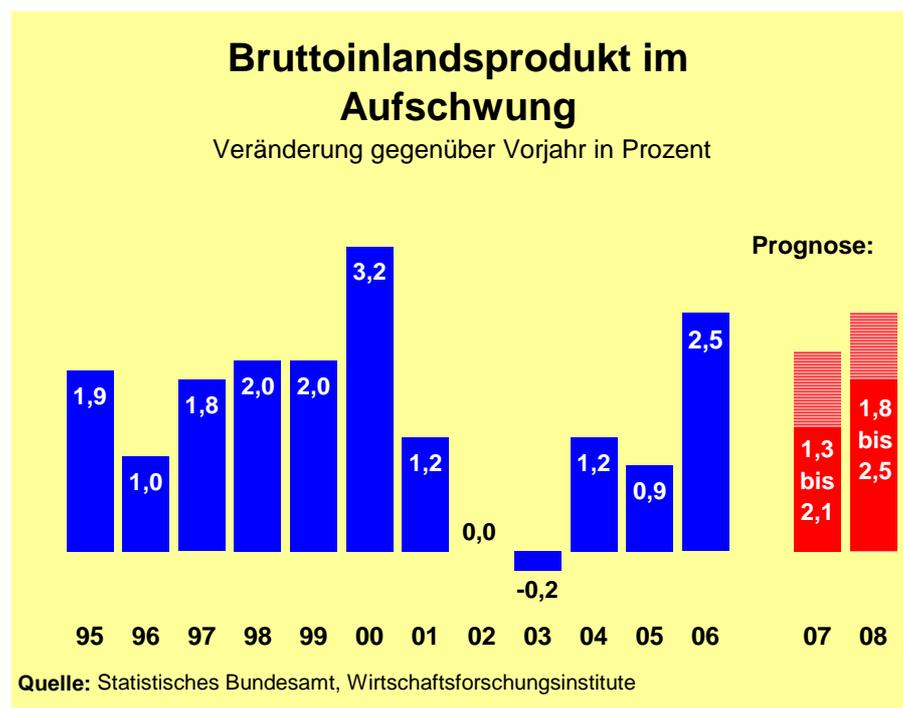
Branchenwirtschaftlicher Teil:

Annette Szegfü

Tarifrunde 2007 in der Holz- und Möbelindustrie: Sozialökonomische Rahmenbedingungen

Die Bundesrepublik erlebt wieder einen Wirtschaftsaufschwung mit einem realen Wachstum über zwei Prozent. Im Umfeld einer boomenden Weltkonjunktur werden bei den Exportüberschüssen neue Rekorde erzielt. Parallel dazu hat es eine Wende bei den Investitionen gegeben. Ein erheblicher Ersatzbedarf sorgt für kräftige Wachstumsraten bei den Ausrüstungen. Die Bundesregierung gefährdet mit der Mehrwertsteuererhöhung die wirtschaftlichen Erfolge. Trotz der dadurch verursachten Wachstumsdelle ist der Aufschwung robust genug, um auch in diesem Jahr ein deutliches Wachstum zu ermöglichen. Dazu müssen die Löhne die Konsumnachfrage stützen, die bisher der Schwachpunkt der Konjunktur sind.

In der Holz- und Möbelindustrie ist die aktuelle Stimmung gut. In vielen Unternehmen der Branche sind die Auftragsbücher ausreichend gefüllt. Die Kapazitätsauslastung hat wieder das Niveau von Mitte der 90er Jahre erreicht. Besonders wegen der endlich angesprungenen Inlandsnachfrage und der nach wie vor kräftig steigenden Auslandsaufträge kann 2006 mit einem Produktionsplus von fünf bis sechs Prozent gerechnet werden. Die gute Exportentwicklung wird sich 2007 unvermindert fortsetzen. Leichte Unsicherheiten gibt es lediglich bei der Prognose der Entwicklung der Binnennachfrage in diesem Jahr: Festigt sich die Kaufkraft der privaten Haushalte oder war 2006 nur ein „privates“ Strohfeuer?

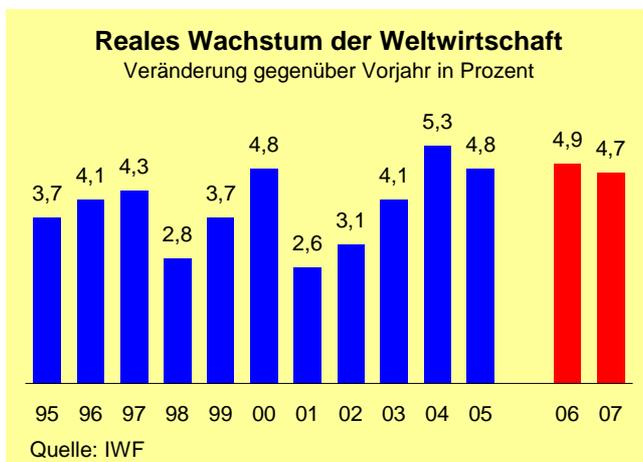


1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1 Wachstum und Wachstumserwartungen

Weltkonjunktur im Wachstumsboom

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind gerade für eine stark auf den Export orientierte Ökonomie wie Deutschland nur im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu beurteilen. Die Weltwirtschaft hat sich, nach dem Platzen der New-Economy-Blase im Jahre 2001, schnell wieder erholt. Schätzungsweise um real 4,9 Prozent hat die Produktion von Gütern und Dienstleistungen im Jahr 2006 zugelegt. Für 2007 wird eine Fortsetzung des Booms erwartet.



USA, Japan, China und Lateinamerika

Grundlage des weltweiten Booms ist die dynamische Wirtschaftsentwicklung in vielen Regionen der Erde. Nach wie vor ausgesprochen stabil ist das Wachstum in den **USA**. Im Jahr 2005 expandierte die US-Wirtschaft real um 3,2 Prozent, 2006 wird ein Zuwachs von 3,5 Prozent erwartet. Wachstumsmotor ist dabei der private Konsum. **Japan** scheint seine langjährige Deflationskrise überwunden zu haben. Im Jahr 2005 stieg das reale BIP um 2,6 Prozent. 2006 soll die japanische Volkswirtschaft um 2,7 Prozent anwachsen. Die **chinesische Wirtschaft** ist weiterhin die am stärksten expandierende große Volkswirtschaft. Sowohl 2005 als auch 2006 nahm die Wirtschaftsleistung real um zehn Prozent zu. **Lateinamerika** wächst mit rund vier Prozent pro Jahr, und **Russland** befindet sich mit jährlich rund sechs Prozent ebenfalls auf einem stabilen Wachstumspfad.

Trotz der bestehenden Risiken hat sich die Weltkonjunktur in den letzten Jahren als außerordentlich robust erwiesen. Vor diesem Hintergrund erwartet das ifo-Institut für 2006 und 2007 ein kräftiges weltweites Wachstum von knapp unter fünf Prozent. Auch wenn diese Prognose die aktuellen Risiken eher unterzeichnet, so erwartet die deutsche Exportindustrie doch weiterhin kräftig wachsende Märkte. Selbst unter pessimis-

Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung

Trotz eines robusten und nachhaltigen Wachstums gibt es für die wirtschaftliche Entwicklung auch drei Risikofaktoren:

- **Ölpreise**
Ein Risikofaktor sind die Ölpreise. Im Jahr 2005 waren sie kräftig gestiegen, ohne die wirtschaftliche Dynamik der Weltökonomie zu beeinträchtigen. Ursache war nicht nur die Verknappung (wachsender Energiebedarf bei kaum steigender Förderung), sondern auch eine spekulative Übertreibung. Im Gefolge des Krieges im Nahen Osten stiegen die Ölpreise im Laufe des Jahres 2006 auf neue Rekordmarken. Im September gaben sie kräftig nach und sanken um 20 Prozent. Die Annahme von auf hohem Niveau stagnierenden Preisen für 2007 ist derzeit plausibel.
- **Geldpolitik**
Ein zweiter Risikofaktor ist die Geldpolitik. Bereits im Jahre 2004 begann die US-amerikanische Notenbank Fed mit der stufenweisen Erhöhung ihrer Leitzinsen. Obwohl weltweit vor allem die Rohölpreise für eine erhöhte Inflationsrate sorgten und keine nachhaltigen Tendenzen für einen Preisauftrieb auszumachen sind, haben auch die Europäische Zentralbank und die Japanische Notenbank die Leitzinsen angehoben.
- **Ungleichgewichte**
Ein dritter Risikofaktor sind die erheblichen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft. Die USA als größte Volkswirtschaft weisen ein enormes Handels- und Leistungsbilanzdefizit auf, das durch Kapitalströme aus der übrigen Welt - vor allem aus asiatischen Ländern - finanziert wird. Bisher ist das nicht zum Problem geworden. Sollte es zu einer schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung in den USA kommen, besteht die Gefahr, dass die USA für Anleger an Attraktivität verliert. Das Defizit könnte dann nicht mehr finanziert werden und der Dollar käme unter enormen Abwertungsdruck. Das könnte zu kräftigen Turbulenzen in der Weltwirtschaft führen.

tischen Annahmen dürfte das weltweite Wachstum mindestens drei Prozent betragen.

Europa

Wachsende Märkte finden deutsche Exporteure inzwischen auch in Europa vor. War die gesamte EU im Jahr 2005 mit einem realen Wachstum von 1,7 Prozent (der Euro-Raum legte nur um 1,4% zu) noch vom weltweiten Wachstumstrend abgekoppelt, so erholte sich die Konjunktur 2006 ausgesprochen kräftig. Die Wachstumspole in Europa sind dabei weiterhin die osteuropäischen Länder, die skandinavischen Staaten, Spanien und Irland. Vor allem die neuen Mitgliedsländer und Irland haben sich sehr dynamisch entwickelt.

Es spricht alles dafür, dass ein solider zyklischer Aufschwung eingesetzt hat, der sich trotz der weltwirtschaftlichen Risiken fortsetzen wird. Die EU-Kommission hat ihre Prognosen mehrfach erhöht. Für 2006 wird sich ein Wachstum in der EU von 2,8 Prozent und im Euro-Raum von 2,6 Prozent einstellen. Im Jahr 2007 sollen es 2,4 Prozent in der EU und 2,1 Prozent im Euroraum werden.

Die europaweite Konjunktur wird auch geprägt von der Entwicklung in Deutschland. Deutschland erstellt als größte Ökonomie immerhin ein Fünftel der EU-Wirtschaftsleistung. Europa war in den letzten Jahren vom Boom der Weltwirtschaft ausgeschlossen. Innerhalb von Europa war wiederum Deutschland fast immer das Schlusslicht. Noch 2005 hat Deutschland mit einem Wachstum von real knapp einem Prozent den europäischen Durchschnitt nach unten gezogen. Lediglich Italien und Portugal hatten eine noch schwächere wirtschaftliche Dynamik.

1.2 Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2006 und 2007

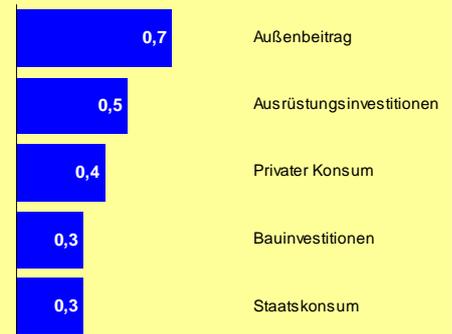
Deutsche Konjunktur: Ende der Stagnation

Im Jahre 2006 hat sich die wirtschaftliche Situation in Deutschland grundlegend verändert. Bereits im Jahr zuvor begannen einige Frühindikatoren nach oben zu drehen. **Insgesamt nahm die Wirtschaftsleistung um 2,5 Prozent zu.** Alle Indikatoren deuten darauf hin, dass wir uns am Anfang eines zyklischen konjunkturellen Aufschwungs befinden und die im Herbst 2000 einsetzende Krisenperiode überwunden ist. Die Konjunkturschätzung, die die IG Metall schon im Herbst 2005 vertreten hat, wird damit bestätigt.

In den Jahren der Stagnation war die deutsche Wirtschaft eine gespaltene Ökonomie: Das Wachstum wurde von der Exportwirtschaft getragen, während die Binnennachfrage teilweise sogar zurückging.

- Die **Exporte** spielten auch 2006 eine große Rolle für die bundesdeutsche Konjunktur. Sie zogen kräftig an, ein Zeichen der immer noch zunehmenden preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Im Zuge der wirtschaftlichen Konsolidierung nahmen zwar auch die Importe zu, aber real in etwas geringerem Umfang. **Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels belief sich 2006 auf 0,7 Prozentpunkte.**
- Die **Binnennachfrage** bekommt endlich mehr Gewicht für das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Sie erbrachte im letzten Jahr einen Beitrag von 1,7 Prozentpunkten.
- Vor allem die **Ausrüstungsinvestitionen** entwickelten sich deutlich aufwärts. Sie trugen mit einem Beitrag von 0,5 Prozentpunkten am meisten zur binnenwirtschaftlichen Stabilisierung bei.
- Die **Bauinvestitionen** trugen mit 0,3 Prozentpunkten zwar nur wenig zum Wachstum bei, doch ihre jahrelange Talfahrt ist damit gestoppt. Vor allem die private Baunachfrage war kräftig gestiegen, was im wesentlichen aber auf einmalige Effekte (Auslaufen der Förderung) zurückgeführt werden kann. Die öffentlichen Bauinvestitionen bleiben schwach.
- Bei den privaten **Konsumausgaben** gab es eine gespaltene Entwicklung. Die Arbeitnehmereinkom-

Wachstumsbeiträge des Jahres 2006



Quelle: Statistisches Bundesamt

Schwacher Konsum hat Ursachen

- Die Konsumlaune vieler Arbeitnehmer leidet unter der schwachen Lohnentwicklung. In vielen Wirtschaftszweigen ist die tarifliche Lohnentwicklung für das Jahr 2007 bereits vorbestimmt. Nach der Gemeinschaftsdiagnose der Institute (Herbst 2006) werden die Bruttolöhne und Gehälter lediglich um 1,2 Prozent steigen, die Nettolöhne und Gehälter sogar nur um 0,2 Prozent. Und wenn die zu erwartende Preiserhöhung von bis zu zwei Prozent abgezogen wird, sinken die realen Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte.
- Weniger Geld in der Tasche haben Arbeitslose und Rentner. Belastend für den Konsum wirken neben den schlechten Einkommensperspektiven die hohe Arbeitslosigkeit und der anhaltende Trend zu prekären Arbeitsverhältnissen. Auch neu entstehende sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sind häufig Leiharbeitsverhältnisse, die schlechter bezahlt werden. Aus Angst vor Arbeitslosigkeit und Verlust einer gesicherten Anstellung unterlassen viele Verbraucher notwendige Anschaffungen.

men konnten nur wenig zur Konsumnachfrage beitragen. Sowohl die Brutto- als auch die für den Konsum wichtigeren Nettolohneinkommen waren real gesunken. Die leicht ansteigenden Konsumausgaben wurden vor allem aus den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen gespeist, die schon seit Jahren kräftig steigen und 2006 noch einmal um 6,9 Prozent zunahmen. Wegen vorgezogener Käufe im Zusammenhang mit der Mehrwertsteueranhebung waren die privaten Konsumausgaben in der zweiten Jahreshälfte 2006 kräftiger angestiegen. Im Ergebnis beziffert sich der Wachstumsbeitrag des Privaten Konsums auf 0,4 Prozentpunkte.

- Die **öffentliche Hand** trägt kaum zum Wachstum bei. Die Finanzpolitik setzt nach wie vor auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Zwar wurden bei diesem Ziel wegen der besseren Konjunktur **2006** sichtbare Erfolge erzielt, doch wurde als Folgeschaden die Nachfrage kaum gestützt. Der Wachstumsbeitrag lag bei 0,3 Prozentpunkten.

Marktliberale Strukturreformen bremsen Wachstumstempo

Die Regierung hofft, mit neoliberalen Strukturreformen (Deregulierung, Privatisierung, Rückzug des Staates) die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu stärken. Doch auch auf diesem Feld hat die Große Koalition bisher noch keine einschneidenden politischen Vorhaben umsetzen können. Von einschlägigen Lobbyorganisationen und ihrer Presse wird schon von der Untätigkeit der Regierung gesprochen. In der Logik dieser Ideologie hätte es den Aufschwung in 2006 daher gar nicht geben dürfen.

2007 treten mit dem Steueränderungsgesetz Maßnahmen in Kraft, die die Verteilungssituation massiv zu Ungunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschieben: Streichung der Eigenheimzulage, Versteuerung von Abfindungen, Kürzungen beim Kindergeld, Kürzungen bei der Pendlerpauschale, Halbierung des Sparerfreibetrages und Einschränkungen bei der steuerlichen Absetzbarkeit des Arbeitszimmers.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer um jeweils drei Prozentpunkte seit Anfang 2007 verschärft diesen Kurs. Die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte fängt den Kaufkraftverlust nicht annähernd auf. Da der Staat die Mittel nicht für öffentliche Investitionen (die eher noch weiter zu sinken drohen) oder zusätzliche öffentliche Beschäftigung (beispielsweise für Forschung und Entwicklung) verwenden, sondern für einen brutalen Sanierungskurs nutzen will, wird das Geld dem Wirtschaftskreislauf weitgehend entzogen.

Der negative Wachstumsbeitrag der fiskalischen und finanzpolitischen Maßnahmen insgesamt liegt nach Schätzung des Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) bei 28,5 Milliarden Euro oder 1,2 Prozent des BIP.

Geldpolitik steht auf der Bremse

Ein konjunkturelles Risiko ist die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB). Sie hat seit dem Dezember 2005 in sechs Schritten den Leitzins von zwei Prozent auf 3,5 Prozent angehoben und damit die Geldpolitik erheblich gestrafft. Dabei lag die Inflationsrate im Euro-Raum, trotz der kräftigen Ölpreiserhöhungen, nur leicht über der Zielinflationsrate.

Derzeit verträgt die Konjunktur das höhere Zinsniveau noch gut. Die entscheidende Frage ist, ob die EZB diese Politik auch 2007 fortsetzt. Ein noch höherer Zinssatz könnte schnell die Investitionskonjunktur bremsen. Zudem droht eine größere Zinsdifferenz zu den USA. Damit käme der Euro unter erheblichen Aufwertungsdruck. Für die weiterhin stark exportorientierte deutsche Wirtschaft würde das eine starke Belastung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit bedeuten, zumindest für Exporte außerhalb der Euro-Zone.

Die Perspektiven für 2007

In der Prognose für das Jahr 2007 gibt es weltwirtschaftliche, geld- und finanzpolitische Unwägbarkeiten. Klar ist, dass es ohne negative äußere Einflüsse zu einem kräftigen Wachstum gekommen wäre. Der Aufschwung würde sich voll entwickeln und noch deutlich größere Wachstumsraten als 2006 produzieren.

Wirkungskette von Zinserhöhungen

Die Europäische Zentralbank (EZB) mit Sitz in Frankfurt am Main ist für die Geldversorgung im Euroraum verantwortlich. Dabei sieht sie sich ausschließlich der Geldwertstabilität verantwortlich. Konjunktur und Beschäftigung spielen in ihrer Geldpolitik keine Rolle.

Angehoben wurde der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Das sind faktisch die Kosten, mit denen das Geschäftsbankensystem sich refinanziert, also mit Liquidität versorgen kann. Steigende Zinsen verteuern die Geldversorgung, die Geldmenge wird tendenziell verknappet.

Bei einem funktionierenden Markt geben die Geschäftsbanken die steigenden bzw. sinkenden Refinanzierungskosten an ihre Kunden weiter, wodurch die Geldpolitik auf die reale Warenökonomie einwirkt.

Höhere Zinsen bremsen die wirtschaftlichen Aktivitäten auf mehreren Ebenen:

- Die Fremdfinanzierung von Investitionen verteuert sich.
- Der Euro wird als Anlagewährung attraktiver. Mit der verstärkten Nachfrage steigt der Wechselkurs.
- Geldanlagen werden rentabler, was eine höhere Sparquote fördert.

Doch der Steuerschock ist eine Realität, dadurch wird besonders die private Konsumnachfrage einen kräftigen Dämpfer erhalten. Die Frage ist, wie weit dies auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung durchschlägt. Dazu kommt: Die Sparpolitik in der Krise wirkt sehr restriktiv auf die Konjunktur. Die öffentlichen Investitionen sind mit einem Anteil von nur noch 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf einem tiefen Stand. Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen (vor allem die Hartz-Reformen auf dem Arbeitsmarkt) haben die Nachfrage weiter geschwächt.

Die Institute weichen bei der Konjunkturprognose für 2007 erheblich voneinander ab. **Fast alle Institute haben aber ihre Prognosen unter dem Eindruck der sich sehr dynamisch entwickelnden Konjunktur auch aktuell weiter erhöht.** Lagen ihre Vorhersagen im Herbst 2006 noch zwischen 0,8 und 1,7 Prozent, so liegt die Spanne inzwischen bei 1,3 bis 2,1 Prozent. **Erste Prognosen für 2008 gehen zudem von einem länger dauernden Aufschwung aus.** Fürs nächste Jahr wird ein Wachstum bis zu 2,5 Prozent erwartet.

Prognosen der Institute für 2007

	ifo	DIW	IMK	IfW	IWH	RWI
Reales Wachstum in Prozent	1,9	1,7	1,3	2,1	1,4	1,9

Prognosen der Institute für 2008

	ifo	DIW	IMK	IfW	IWH	RWI
Reales Wachstum in Prozent		2,5		1,8		



Die Triebkräfte des Konjunkturverlaufs

Immer wieder, vornehmlich in langen Aufschwungphasen, wird in der wissenschaftlichen Debatte über ein Ende des Konjunkturzyklus spekuliert. Dessen ungeachtet zeigt die empirische Realität weiterhin ein stabiles Zyklenverhalten von Volkswirtschaften. Für die Beurteilung der weiteren Wirtschaftsaussichten ist ein Blick auf den Verlauf von Konjunkturzyklen hilfreich. Im Herbst des Jahres 2000 sorgte das Platzen der New-Economy-Blase für einen weltweiten wirtschaftlichen Abschwung. Die Ereignisse im September 2001 (Anschlag auf das World Trade Center) haben zusätzliche Verunsicherungen gebracht.

Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem Krisenzyklus, der sich in einer Stagnationsperiode mit geringen Wachstumsraten ausdrückt. Drei bis fünf Jahre sind ein normaler Zeitraum für einen Zyklus. Es entspricht also einem gewöhnlichen Verlauf, dass der untere Wendepunkt inzwischen hinter uns liegt und wir uns wieder in einer Aufschwungphase befinden

Was hat den neuen Wachstumsschub bewirkt? Die Investitionen sind der stabilisierende Faktor im Konjunkturverlauf. Im Abschwung verschärft die nachlassende Investitionstätigkeit die Krise. Doch irgendwann gibt es einen wachsenden Nachholbedarf (wenn auch zunächst nur bei Rationalisierungsinvestitionen) der zur konjunkturellen Wende mindestens beiträgt. Das rasch zunehmende Investitionsvolumen stabilisiert dann den Aufschwung und macht ihn relativ robust.

Das ist grundsätzlich auch im aktuellen Zyklus so. Zwar ist das absolute Niveau der Ausrüstungsinvestitionen (2005 waren es mit 153,9 Mrd. Euro so viel wie zu Beginn der neunziger Jahre, 2000 wurden schon einmal 177 Milliarden Euro in Ausrüstungen investiert) immer noch gering und auch ein Einfluss der verbesserten steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten ist in der Entwicklung nicht erkennbar, doch das kräftige relative Wachstum ist typisch für den Anfang einer Boomphase.

aufwärts gerichteten Trend bei den Ausrüstungsinvestitionen. Die IG Metall erwartet deshalb einen Wachstumsbeitrag der Ausrüstungsinvestitionen von 0,7 Prozentpunkten.

Investitionspläne der Unternehmen

	Saldo	höher	gleich	geringer
Anteil der Unternehmen in Prozent				
Frühjahr 05	-11	19	51	30
Herbst 05	-6	21	52	27
Februar 06	3	25	53	22
Frühjahr 06	7	27	53	20
Herbst 06	7	26	55	19

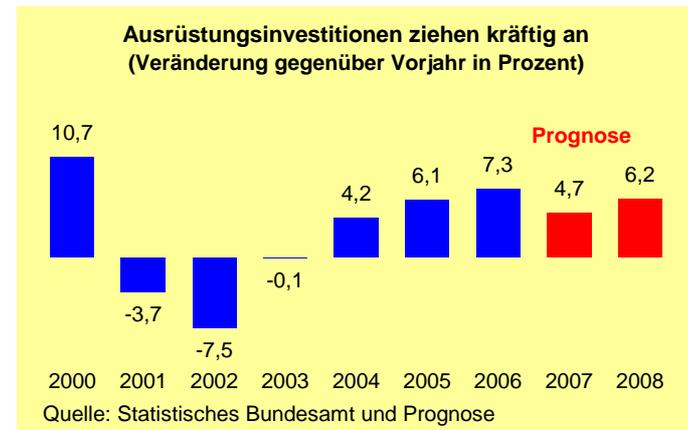
Quelle: DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2006

- **2007** wird der Wachstumsbeitrag der **privaten Konsumausgaben** schwächer ausfallen, da die Verbraucher nicht weiter entsparen werden. Zwar erwartet das IMK für 2007 einen etwas stärkeren Anstieg der Arbeitnehmerinkommen um 1,3 Prozent, das reicht aber nicht für einen kräftigen Schub beim Konsum. Die Lohnerhöhungen müssen 2007 die Konjunktur stützen, nur dann wird der Aufschwung nachhaltig werden und ist ein positiver Wachstumsbeitrag möglich.
- Bei den **Bauinvestitionen** ist mit einem Rückgang der privaten Wohnungsbauten zu rechnen. Dagegen werden der Wirtschaftsbau und die Bauinvestitionen der Kommunen leicht ansteigen. Die IG Metall geht von einem Wachstumsbeitrag von 0,1 Prozentpunkten aus.
- Der **öffentliche Konsum** wird von der staatlichen Sparpolitik bestimmt. Er wird auch im nächsten Jahr mit einem Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten keinen wesentlichen Wachstumsbeitrag leisten.
- Die **Exporte** werden weiter kräftig steigen. Dagegen werden die Importe wegen der schwachen Konsumnachfrage und dem gesunkenen Ölpreis sich deutlich verhaltener entwickeln. Das spricht für einen stärker steigenden Außenbeitrag. Die IG Metall prognostiziert für 2007 einen Wachstumsbeitrag von 0,8 Prozentpunkten.

Unter der Bedingung, dass es neben dem Steuerschock nicht auch noch eine schwache Lohnentwicklung gibt, **erwartet die IG Metall eine Fortsetzung des Wachstums mit etwa 1,8 Prozent.**

1.3 Preise

Bei der Entwicklung der Verbraucherpreise gibt es für 2007 zwei Unsicherheitsfaktoren: die weitere Entwicklung bei den Energie- und Rohstoffpreisen und der Einfluss der administrierten Preise.



- Die privaten Investitionen haben wieder angezogen. Seit 2004 wird wieder vermehrt in **Ausrüstungen investiert**. Der wachsende Wiederbeschaffungsbedarf führt zu mehr Investitionen. Das noch geringe absolute Niveau der Investitionen und die Investitionspläne der Unternehmen deuten auf einen weiter

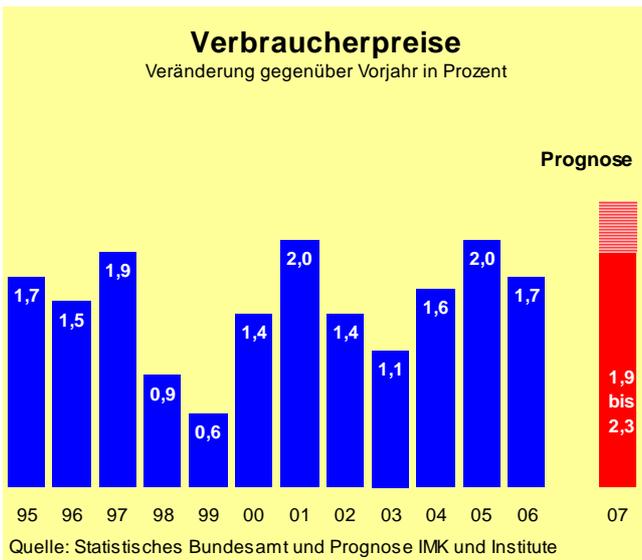


Aus dem wirtschaftlichen Prozess heraus sind keine verstärkten Inflationsgefahren zu erwarten. Die Lohnstückkosten werden nicht steigen, die Konjunktur ist von Überhitzungserscheinungen noch weit entfernt und der Wettbewerbsdruck für die Unternehmen bleibt groß. Dementsprechend bleibt die sogenannte Kerninflationsrate deutlich unter einem Prozent. Wir stehen immer noch eher vor dem Problem der Deflation als vor einem beschleunigten Preisauftrieb. Auch der Ölpreis, der in der Vergangenheit den Anstieg der Verbraucherpreise bestimmt hat, wird in 2007 keinen Beitrag zur Inflationsrate liefern.

Bleibt der Staat als Ursache für den Anstieg der Verbraucherpreise. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Versicherungsteuer bedeutet bei einer völligen Überwälzung auf die Preise einen Preisanstieg von 1,35 Prozent. Abgeschwächt wird dieser Effekt durch vorgegenommene Preisanpassungen und nicht vollständige Überwälzungen. Ein Preiseffekt von etwa einem Prozentpunkt ist somit wahrscheinlich.

Bei einer niedrigen Kerninflationsrate, einer Preisberuhigung bei Energie und nur moderat steigenden Rohstoffpreisen halten wir eine leicht zunehmende Inflationsrate **von etwas über zwei Prozent (+2,3 %)** für 2007 als wahrscheinlich.

Waren im letzten und in diesem Jahr vor allem die Energiepreise für den Preisanstieg verantwortlich, werden es im nächsten Jahr die Steuererhöhungen sein.



1.4 Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Produktivität

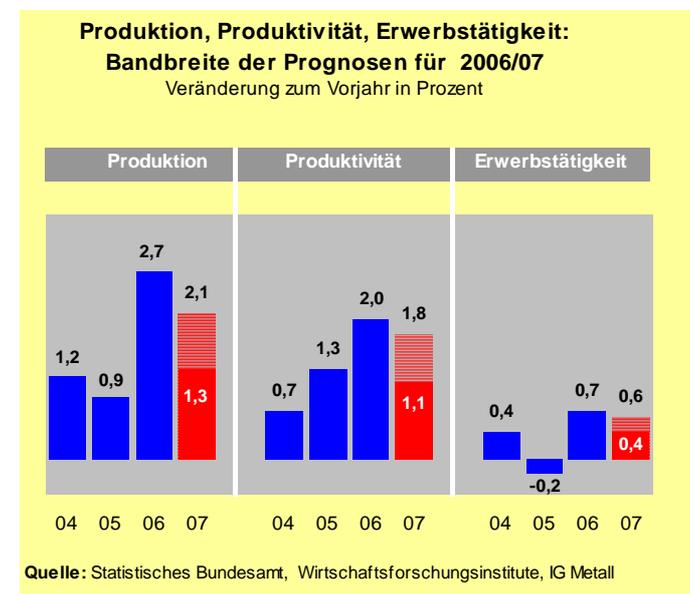
Die Arbeitsmarktentwicklung ist das zentrale ökonomische Problem in Deutschland. Über Jahrzehnte hat die Zahl der Arbeitslosen zugenommen. Auch die sogenannten „Hartz-Reformen“ haben daran nichts ändern können. Im Winter 2005 stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen sogar erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik auf über fünf Millionen an.

Ölpreise als Unsicherheitsfaktor

Die Ölpreise sind in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen. Ein erheblicher Teil der Preissteigerungen war darauf zurück zu führen, während die wirtschaftlich bedingte Kerninflationsrate weiter niedrig war. Die kräftig wachsende Weltwirtschaft braucht Energie, die Vorkommen sind jedoch endlich. Die Zeiten billigen Öls sind endgültig vorbei.

Trotzdem war der Anstieg immer auch spekulativ überhöht. Politische Unsicherheiten wie der Israel/Libanon-Krieg oder die Krise um den Iran, Unwetter in Ölfördergebieten oder das Spekulieren von Hedge Fonds auf steigende Preise haben die Ölkosten getrieben. Zur Zeit ist eine Gegentendenz zu beobachten: zwischen Juli und September ist der Ölpreis um zwanzig Prozent gefallen. Die Inflationsrate lag im September annualisiert bei nur noch einem Prozent.

Für 2007 ist eine Stagnation des Ölpreises auf hohem Niveau (ca. 60 \$ pro Barrel) wahrscheinlich. Damit würde der Ölpreis keinen Beitrag zur Inflationsrate mehr liefern.



Preisprognosen der Institute für 2007

	ifo	DIW	IMK	IfW	IWH	RWI
Verbraucherpreise						
Veränderung in Prozent	2,3	2,3	1,9	2,2	2,2	2,2

Im letzten Jahr ist das Arbeitsvolumen erstmals seit Jahren auf Grund des vergleichsweise kräftigen Wachstums wieder gestiegen. Der Aufschwung findet einen positiven Niederschlag auf dem Arbeitsmarkt. Die Argumentation der IG Metall, nur durch wirtschaftliches Wachstum kann die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden, wird durch die aktuelle Entwicklung bestätigt. Allerdings reicht das Wachstum noch nicht aus, denn die Arbeitsproduktivität hat ebenfalls kräftig zugenommen. Der Anstieg des Arbeitsvolumens war deshalb 2006 mit 0,6 Prozent relativ klein. Für eine kräftige Be-

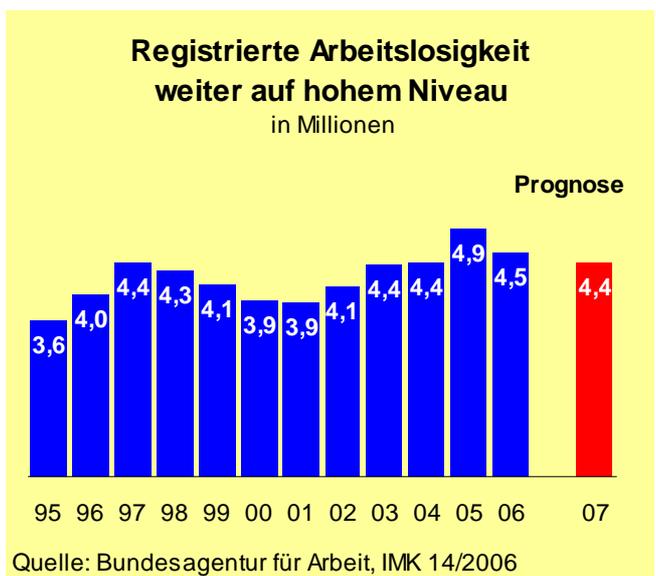


lebung auf dem Arbeitsmarkt reicht der beginnende Aufschwung noch längst nicht aus.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat 2006 um 0,7 Prozent auf 38,99 Millionen zugenommen. Erstmals seit 2001 war auch die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer leicht gestiegen (0,6 Prozent). Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich nach ersten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ebenfalls um 0,7 Prozent erhöht.



Beim Angebot von Arbeitskräften gibt es derzeit kaum Veränderungen. Das Erwerbspersonenpotential liegt stabil bei ca. 44,5 Millionen Personen. Doch trotz einer nur leicht gestiegenen Nachfrage nach Arbeit und einem stabilen Angebot von Arbeitskräften sinkt die Arbeitslosigkeit spürbar. Im Jahr 2006 waren etwa 374.000 Personen oder 7,7 Prozent weniger arbeitslos registriert als 2005. Damit waren noch 4,5 Millionen Menschen arbeitslos.



Prekarisierung der Beschäftigung

Ein Problem ist die Struktur der Beschäftigung: die Prekarisierung der Arbeit geht unvermindert weiter! Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat im Juni 2006 gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 0,5 Prozent zugelegt. Die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse hat im Juni dagegen um 6,3% zugenommen, die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten noch um 4,4 Prozent.

Auch die „klassische Teilzeitbeschäftigung“ ist weiter gestiegen, so dass der Anteil der Teilzeitbeschäftigten insgesamt weiter kräftig zunimmt. Die Teilzeitquote lag 2005 bei 32,4 Prozent, sie wird nach der Prognose des IAB auf 32,9 Prozent 2006 ansteigen. Noch 1998 lag sie erst bei 24,7 Prozent.

Die unerwartet kräftige Entlastung des Arbeitsmarktes ist allerdings nur ein statistisches Phänomen. Im Gegensatz zu 2005 hat nach der Einschätzung des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) 2006 die Zahl der Arbeitslosen in der Stillen Reserve wieder kräftig zugenommen. Die gesamte Beschäftigungslücke hat sich nach dieser Einschätzung nur leicht von 6,33 Millionen auf 6,2 Millionen Personen verringert.

Damit schlägt die nur leichte Verbesserung bei Beschäftigung und Arbeitsvolumen überproportional auf den Arbeitsmarkt durch. Die Entlastungswirkungen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen lagen dabei auf dem gleichen Niveau wie im 2005.

Mehrwertsteuererhöhung verhindert Beschäftigungsaufbau

Für 2007 lässt sich keine positivere Entwicklung für Beschäftigung und Arbeitsmarkt prognostizieren. Bei der Wachstumsprognose der IG Metall von 1,8 Prozent fällt die Zunahme bei der Arbeitsnachfrage nicht größer aus als in 2006. Bei der zu erwartenden gleichzeitigen kräftigen Zunahme der Arbeitsproduktivität verringert sich 2007 das Arbeitsvolumen leicht. Durch eine geringere Zahl an Arbeitstagen, einen weiteren Trend zur Teilzeitarbeit und einer im Konjunkturverlauf zu erwartenden Umwandlung von Überstunden in Einstellungen kommt es trotzdem zu einer leichten Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um etwa 0,3 Prozent.

Da die Zahl der Selbständigen wegen veränderter Förderkonditionen nicht mehr zunimmt, findet die Mehrbeschäftigung bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern statt. Zusätzliche Entlastungswirkungen durch einen verstärkten Einsatz aktiver Arbeitsmarktpolitik sind für 2007 nicht zu erwarten.

Ohne eine Abkehr von den im Januar 2007 in Kraft getretenen Steuer- und finanzpolitischen Maßnahmen ist ein Abbau der Beschäftigungslücke nicht denkbar. Ein spürbarer Aufschwung wurde aus arbeitsmarktpolitischer Sicht vertan. Die Prognosen der Institute, die auch für 2007 noch einen kräftigen Zuwachs an Beschäftigung (Steigerung der Erwerbstätigkeit um 0,6%) und einen deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit prognostizieren, sind zu optimistisch.

**Produktivität wächst um 1,8 Prozent**

Die Schätzungen der Wirtschaftsforschungsinstitute für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde sind eindeutig zu pessimistisch ausgefallen. **2006** konnte die Produktivität um 1,9 Prozent gesteigert werden. Im langfristigen Trend seit 1995 liegt der Produktivitätszuwachs bei durchschnittlich 1,8 Prozent im Jahr.

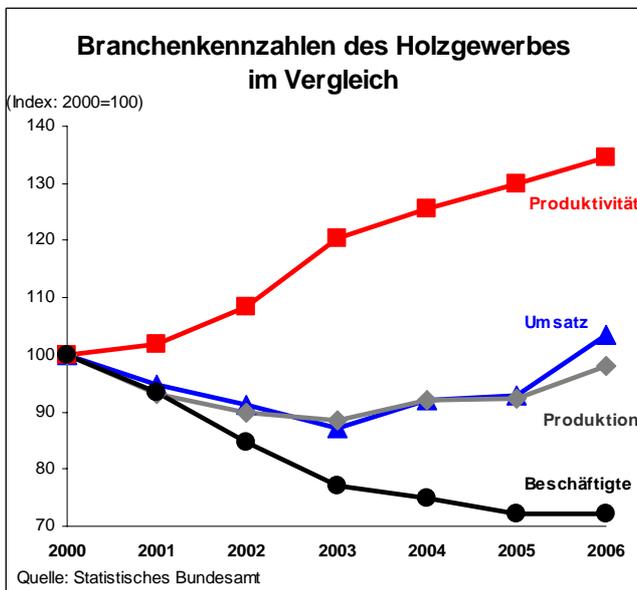
Die Produktivitätsentwicklung hängt vor allem von zwei Faktoren ab: den Rationalisierungsinvestitionen und der Auslastung der Kapazitäten. Die Investitionspläne der Unternehmen deuten darauf hin, dass der Investitionsboom auch im nächsten Jahr noch anhalten wird. Die Institute sehen den Produktivitätszuwachs bei lediglich 1,5 Prozent. Dies entspricht dem Anstieg im Jahr 2002, als es kein Wachstum gab, die Ausrüstungsinvestitionen kräftig schrumpften und die Kapazitäten deutlich schlechter als heute ausgelastet waren. Eine Situation, die keinerlei Parallelen zu der erwarteten Lage in diesem Jahr aufweist.

Die IG Metall geht davon aus, dass bei einem hohen Investitionsniveau, einer nur leichten Wachstumsdelle und damit einer weiter hohen Kapazitätsauslastung sich die Produktivität mit ihrem langjährigen Durchschnittswert von 1,8 Prozent entwickeln wird.

2. Holzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das Holzgewerbe fertigt seine Produkte für diverse Industriebereiche, die vorrangig von der Binnenkonjunktur abhängen. Eine Ausnahme stellen die Verpackungsmittelhersteller dar, die schon länger von der anhaltend guten Exportkonjunktur der deutschen Unternehmen profitieren.

Im Inland haben im Jahr 2006 vor allem zwei Faktoren für ein deutliches Anspringen der Produktionszahlen gesorgt: Zum einen hat die aus ihrem zehn Jahre dauernden Dornröschen-Schlaf erwachte Baukonjunktur die Nachfrage nach Fertigbauteilen, Bauplatten, aber auch nach Fenstern und Türen in die Höhe getrieben, zum anderen haben die Zulieferer der Möbelindustrie deutliche Auftragssteigerungen verzeichnet.



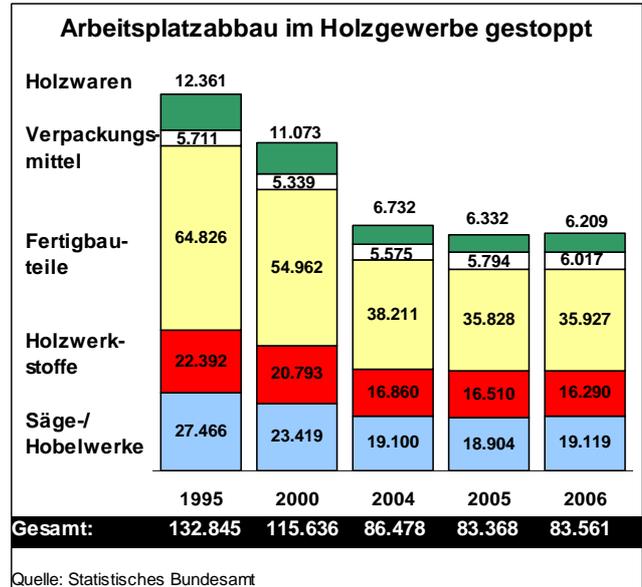
Aktuellen Umfragen zufolge hält die gute Stimmung branchenübergreifend weiter an. Die wirtschaftliche Entwicklung wird in allen holzwirtschaftlichen Bereichen von Industrie, Handwerk und Handel positiv beurteilt.

2.1 Arbeitsplatzabbau vorerst gestoppt

Der seit Jahren anhaltende Beschäftigungsabbau konnte im letzten Jahr erstmalig gestoppt werden. Einige Teilbranchen haben sogar Neueinstellungen vorgenommen, so dass auch in diesem Jahr mit einer anhaltenden Stabilisierung der Arbeitsplatzsituation gerechnet werden kann.

Während im Jahr 2005 in den Säge-/Hobel- und Furnierwerken noch ein Prozent der Arbeitsplätze abgebaut wurden, so wurden im letzten Jahr rund 200 Beschäftigte zusätzlich eingestellt (plus ein Prozent). Auch die Verpackungsmittelhersteller haben neue Arbeitsplätze in dieser Größenordnung geschaffen. Da diese Teilbranche jedoch bedeutend kleiner ist, hat sich hier die Beschäftigung erneut um fast vier Prozent erhöht.

In den übrigen Teilbranchen hat der Auftragsboom des Jahres 2006 zu keinem Anstieg der Arbeitsplätze geführt. Die Hersteller von Fertigbauteilen, die am meisten von der angesprungenen Baukonjunktur profitieren, haben nur wenige Neueinstellungen vorgenommen und statt dessen die Arbeitszeit erhöht bzw. die Zahl der Überstunden hochgefahren. Die Holzwerkstoffindustrie und die übrigen Holzwarenhersteller haben weiterhin Arbeitsplätze abgebaut.



2.2 Nachfrage lässt Umsätze wachsen

Der Rohstoff Holz ist vielseitig verwendbar. Verschiedene Faktoren kamen im letzten Jahr zusammen, so dass die Nachfrage nach Holz und seinen Produkten deutlich zunahm und auch weiterhin wächst:

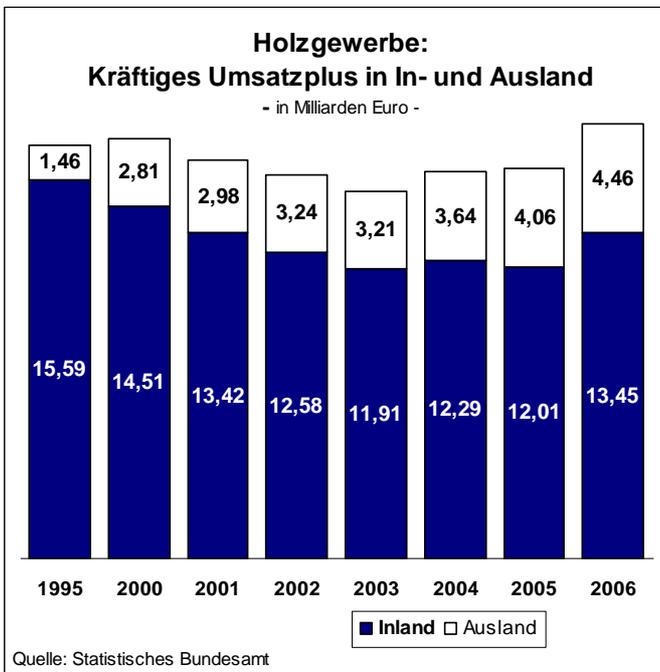
- durch Mehrwertsteuererhöhung ausgelöste Vorzieheffekte bei Möbeln und anderen langlebigen Konsumgütern, die Holzkonstruktionen beinhalten;
- die Baukonjunktur im Inland (endlich) ist angesprungen;
- die nach wie vor stark nachgefragten Exportgüter müssen transportsicher verpackt werden;
- diverse Förderprogramme/Subventionen im Rahmen der BiomasseV und des EEG haben die Ressource Holz entdeckt: z.B. Kfz-Kredite, wonach das zinsgünstige Paket zur CO₂-Minderung im Hausbau Maßnahmen zur Dachdämmung, neue (Holz)Fenster und die Installation einer abgasarmen (Pellet)Heizung umfassen;
- die Verwendung von Holz im industriellen Modellbau.

Diese Entwicklung haben die holzbearbeitenden Unternehmen zum Anlass genommen, vor einer zukünftigen Holzknappheit zu warnen und damit die Preisgestaltung in nicht unerheblichen Umfang zu beeinflussen und in der Folge die eigenen Umsätze zu steigern.



Inlands- und Auslandsnachfrage nimmt zu

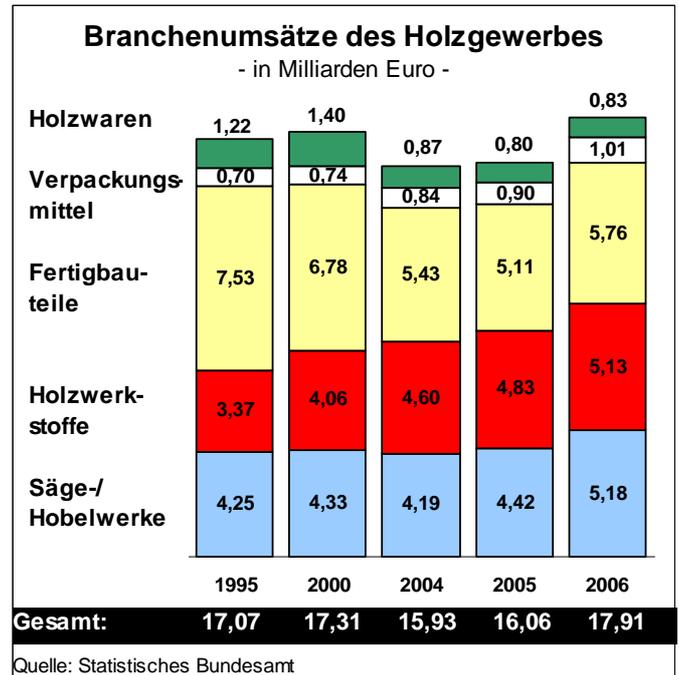
Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes konnte der Umsatz 2006 im Holzgewerbe um 11,5 Prozent auf fast 18 Milliarden Euro gesteigert werden. Vor allem die angesprungene Baukonjunktur hat die inländischen Umsätze auf 13,45 Milliarden Euro in die Höhe getrieben. Diese Steigerung von zwölf Prozent ist der höchste Wert seit der Wiedervereinigung und übersteigt erstmalig das unverändert hohe Plus des Auslandsumsatzes von „nur“ zehn Prozent! Den größten Zuwachs der inländische Nachfrage in Höhe von fast 20 Prozent haben die Säge- und Hobelwerke erwirtschaftet, aber auch die Fertigbauteile-Hersteller haben sich im Jahr 2006 vom Vorjahres-Minus von 6,5 Prozent auf ein kräftiges inländisches Umsatzplus von zwölf Prozent hochgearbeitet. Die Verpackungsmittelproduzenten haben ein ähnlich hohes Umsatzplus erzielt (über elf Prozent) und auch die Holzwerkstoffhersteller haben ihre inländischen Umsätze um 6,5 Prozent gesteigert.



Überdurchschnittliche Steigerungsraten wurden im letzten Jahr auch beim Export erzielt: Absolute Spitzenreiter sind die Verpackungsmittelhersteller, die ihre Ausfuhren um 26,5 steigern konnten. Auch die Fertigbauteilhersteller haben das Minus des Jahres 2005 mit einem überdurchschnittlichen Exportplus von über 17 Prozent mehr als wett gemacht. Die Säge- und Hobelwerke lagen mit mehr als 12 Prozent ebenfalls im zweistelligen Bereich, während die Holzwerkstoffhersteller ihren Auslandsumsatz 5,4 Prozent gesteigert haben. Im Branchendurchschnitt wurden die Exporte im letzten Jahr um zehn Prozent gesteigert.

Somit konnten im Vergleich zu den Vorjahren alle Unterbranchen des Holzgewerbes ihre Umsätze steigern. Spitzenreiter sind die Säge- und Hobelwerke, die erstmalig ein zweistelliges Umsatzplus von über 17 Prozent erzielt haben, - wobei die Produktion nur um sieben Prozent zugelegt hat. Auch die Verpackungsmittelher-

steller konnten erneut ihre Umsätze mit rund 13 Prozent kräftig steigern, wohingegen die Produktion um „nur“ neun Prozent erhöht wurde.



Gleiches gilt für die Fertigbauteile herstellenden Holzproduzenten. Auch hier legten die Umsätze um fast 13 Prozent zu, während die Produktion nach Ermittlung des Statistischen Bundesamtes im Jahresverlauf um neun Prozent gewachsen ist. Da die Nachfrageentwicklung gerade dieser Unterbranche in den letzten zehn Jahren durchgängig negativ war, ist davon auszugehen, dass etwaiger Lagerbestand relativ früh aufgebraucht gewesen ist und somit - wie in den übrigen Holzbranchen - Preiserhöhungen durchgesetzt werden konnten. Die Holzwerkstoffhersteller haben ihre Umsätze um sechs Prozent gesteigert, während das Produktionsplus mit zwei Prozent wesentlich geringer ausfiel. Auch dies deutet auf eine deutliche Preissteigerung der Branchenprodukte hin.

Erzeugerpreise steigen in allen Teilbranchen

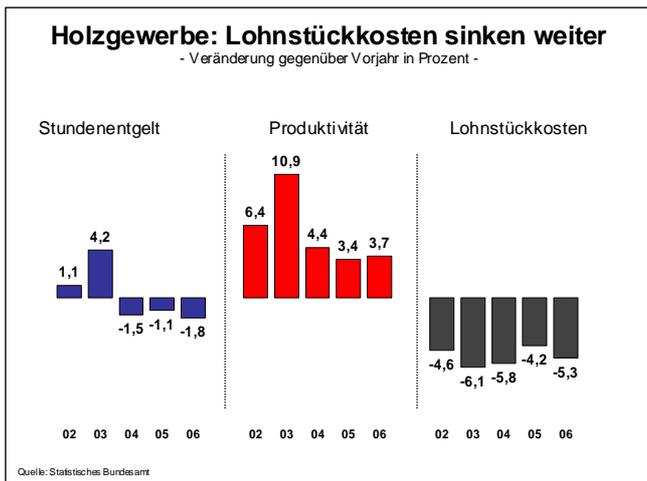
Die vermuteten erfolgreich durchgesetzten Preiserhöhungen der holzbearbeitenden Unternehmen bestätigt auch die Statistik des Statistischen Bundesamtes. Im Jahr 2006 sind die durchschnittlichen Erzeugerpreise des Holzgewerbes um mehr als vier Prozent gestiegen. Im Jahr 2005 betrug die Steigerung lediglich rund ein Prozent.

Die kräftigsten Preissteigerungen in Höhe von neun Prozent konnten die Säge- und Hobelwerke durchsetzen. Aber auch den Holzwerkstoffproduzenten ist es nach eigenen Angaben gelungen, ihre Verkaufspreise drei Mal innerhalb des Jahres 2006 zu erhöhen. Laut Statistischem Bundesamt sind ihre Erzeugerpreise im Jahrsdurchschnitt um fünf Prozent gestiegen.

2.3 Kostensituation und Produktivität

Den Unternehmen des Holzgewerbes geht es so gut wie schon lange nicht mehr. Die Nachfrage nach ihren Produkten ist unverändert hoch und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich weiter verbessert. Wie kaum einer anderen Branche ist es den Sägern und den Holzwerkstoffherstellern gelungen, ihre Preise im Jahresverlauf 2006 mehrfach kräftig zu erhöhen.

Für die Unternehmen positiv verstärkt wird diese Situation durch die Jahr um Jahr wachsenden Produktivitätsraten. Auch im Jahr 2006 konnte die Produktivität erneut um fast vier Prozent gesteigert werden. Verbunden mit den seit Jahren rückläufigen Stundenlöhnen drückt dies die Lohnstückkosten auf bisher unerreichte Tiefen. Die aktuelle Lohnquote beträgt im Holzgewerbe weniger als 14 Prozent und liegt damit unter dem Durchschnittswert des Verarbeitenden Gewerbes (14,5 Prozent). Vom „Kostenfaktor Mensch“ kann im Holzgewerbe demnach keine Rede sein. Im Gegenteil: Von den anhaltend sinkenden Lohnstückkosten gehen weiterhin positive Effekte auf die Ertragslage der Unternehmen aus.

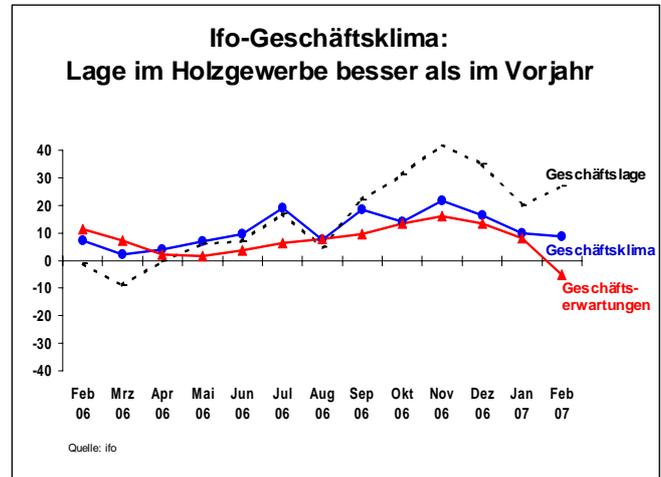


2.4 Ausblick: Geschäftserwartung und Prognosen

Die Kapazitätsauslastung der holzbearbeitenden Betriebe hat in den letzten beiden Jahren stetig zugenommen und im vierten Quartal 2006 mit fast 93 Prozent wieder das Niveau von Mitte der 90er Jahre überschritten. Für die nähere Zukunft ist mit einem ähnlich hohen Auslastungsgrad zu rechnen, was sich entsprechend positiv auf die Kostensituation und in der Folge auch auf die Ertragslage der Unternehmen auswirken wird.

Auch im Februar 2007 waren die vom Ifo-Institut befragten holzbearbeitenden Unternehmen mit der aktuellen Geschäftslage sehr zufrieden. 41 Prozent der Betriebe bewertete die Geschäftslage besser und fast die übrige Hälfte meldet eine Stabilisierung. Eine so gute Beurteilung hat es in den letzten zehn Jahren nicht gegeben.

Im Gegensatz zur außerordentlich guten Geschäftslage-Beurteilung werden die Beschäftigten im Holzgewerbe noch immer nicht von der guten Stimmung profitieren können. Nur zwei Prozent der befragten Betriebe planen in naher Zukunft Neueinstellungen, während fast 90 Prozent der Unternehmen keine Veränderung ihrer Beschäftigtenzahlen vornehmen wollen.



Auch beim Blick in die nahe Zukunft zeigten sich die befragten Unternehmer mehr als zufrieden. Der übliche „Bewertungsknick“ zum Jahresende ist in diesem Jahr ausgeblieben. Somit erreicht der Geschäftsklima-Index, ein zusammengesetzter Indikator aus aktueller Lagebeurteilung und Zukunftserwartungen, eine in den letzten Jahren unerreichte Höhe. Seit dem Wiedervereinigungsboom haben sich die Umfragewerte fast ausschließlich im negativen Bereich bewegt und erst vor einem Jahr hat der Index wieder durchgehend positive Werte angenommen.

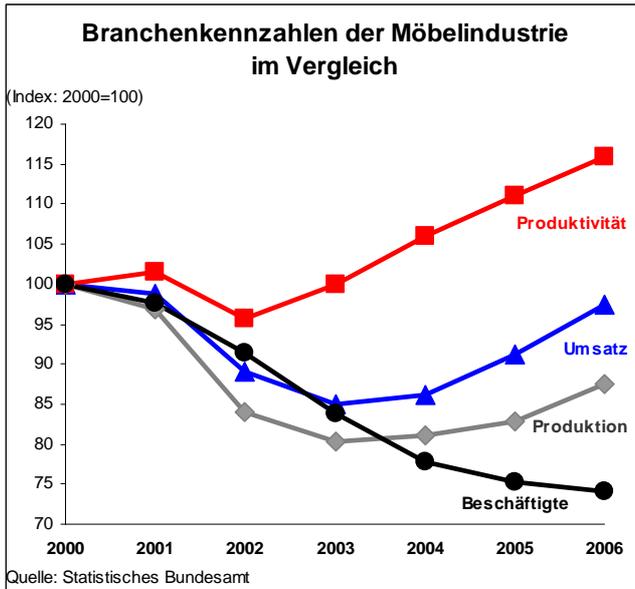
Im diesem Jahr werden die holzbearbeitenden Betriebe weiter von der expansiven Weltwirtschaft profitieren: So können z.B. die Holzwerkstoffhersteller oder Bauteilproduzenten mit einer weiter steigenden Auslandsnachfrage rechnen und auch die Verpackungsmittelhersteller müssen weiter für die sachgerechte Verpackung der (Export)Waren sorgen.

Aber nicht nur die Auslandsnachfrage wird in 2007 weiter anziehen, auch die Binnenkonjunktur wird allen Prognosen entsprechend ihren Teil zum Nachfragezuwachs beitragen. Die industriellen Aufträge an die Holzbearbeiter werden weiter zunehmen und auch das Nachfragevolumen der Möbelproduzenten lag zu Jahresbeginn deutlich über den Erwartungen. Der Objektbereich läuft gut und der befürchtete Einbruch der privaten Möbelnachfrage ist bisher ausgeblieben.

Das Ifo-Institut rechnet für das kommende Jahr mit einem Produktionszuwachs in der Holzbearbeitung von 2,5 Prozent und auch in 2008 wird nochmals ein Anwachsen des Produktionsvolumens um 1,5 Prozent erwartet. Die jüngste Branchenprognose der IKB-Bank ergibt ebenfalls ein Produktionswachstum von 2,5 Prozent für den Zeitraum 2006 bis 2008.

3. Rahmenbedingungen der Möbelindustrie

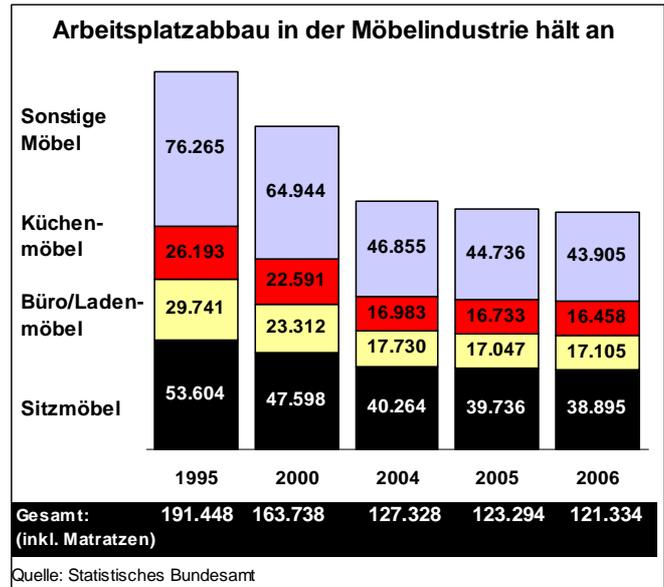
Die inländische Nachfrage nach Möbeln hat im letzten Jahr alle Erwartungen übertroffen. Kein Branchenanalyst hat mit einem derartigen Boom gerechnet und auch der Verband der Deutschen Möbelindustrie (VDM) wurde von der regen Nachfrage regelrecht überrascht und hat ab Jahresmitte mehrmals die eigenen Umsatzprognosen für 2006 nach oben korrigiert.



Die Exporte boomen in allen Möbelbranchen. Aber auch die Inlandsnachfrage wurde durch die gute Auftragslage der deutschen Unternehmen zunehmend angetrieben. Außerdem hat diesjährige Mehrwertsteuererhöhung die Kaufentscheidung der privaten Haushalte zum Jahresende 2006 positiv beeinflusst. Aktuelle Konsumentenbefragungen nähren inzwischen die Hoffnung, dass 2006 kein einmaliges „privates“ Strohfeuer bleibt, sondern dass sich die privaten Nachfrage in Deutschland stabilisiert. Ausschlaggebend sind die positiven Einkommenserwartungen der befragten Personen.

3.1 Beschäftigte bleiben auf der Strecke

Die sehr gute Auftragsentwicklung des Jahres 2006 schlägt sich nicht in der aktuellen Arbeitsplatzsituation nieder. Lediglich die Beschäftigtenzahlen der Büro- und Ladenmöbelhersteller blieben nach den starken Entlassungen der letzten Jahre fast konstant (plus 0,3 Prozent), während im Gegensatz dazu im Branchendurchschnitt erneut 1,6 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut wurden.



Die folgerichtige Annahme, dass aufgrund der zunehmenden Produktion weniger Beschäftigte mehr arbeiten mussten ist aber nur die eine Seite der Medaille. Das Statistische Bundesamt hat ermittelt, dass im Jahr 2006 in den Möbelunternehmen die durchschnittliche Arbeitszeit um fast drei Prozent erhöht wurde. Außerdem hat nach Informationen von Betriebsräten die Zahl der Leiharbeiterinnen/-arbeitnehmer dramatisch zugenommen. Dies wird nicht in der Industriestatistik erfasst und muss somit gedanklich hinzugefügt werden.

Des weiteren folgen auch die Möbelhersteller dem gesamtwirtschaftlich zu beobachtenden Trend, wonach Dienstleistungen wie z.B. die Logistik zunehmend fremd vergeben werden (Outsourcing). Dadurch entsteht die oftmals schizophrene Situation, dass ehemals beim Möbelhersteller Beschäftigte die gleiche Arbeit an ihrem alten Arbeitsplatz unter schlechteren Konditionen erledigen. Diese Entwicklung nutzt allein den Unternehmen und muss gerade im Hinblick auf die gute wirtschaftliche Situation wieder umgekehrt werden.

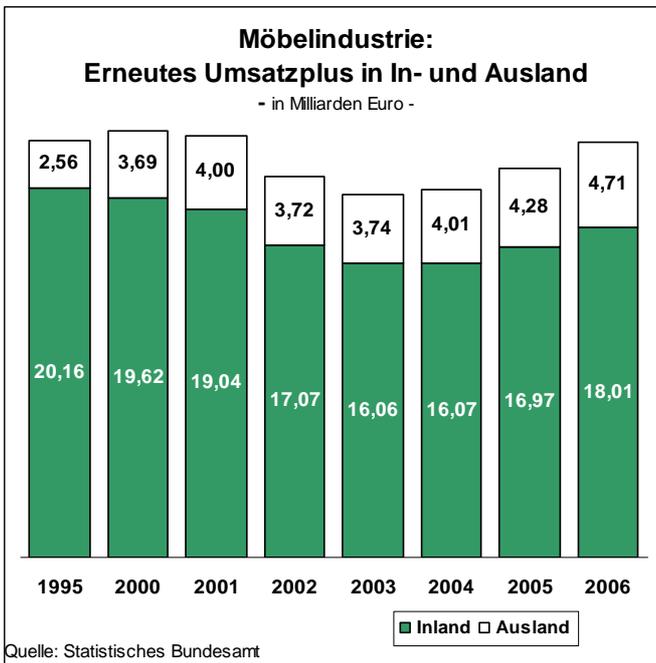
3.2 Kräftiger Umsatzzuwachs in allen Möbelbranchen

In der Möbelindustrie setzt sich der kräftige Umsatzanstieg des vorhergehenden Jahres fort. Das Statistische Bundesamt hat für 2006 ein Umsatzplus von fast sieben Prozent veröffentlicht. Während im Jahr 2005 die ermittelten Wachstumsraten von Inlandsumsatz und Exporten fast gleichauf waren, so hat sich in diesem Jahr das Bild gewandelt: Mit über zehn Prozent hat die ausländische Nachfrage noch deutlich stärker zugelegt wie der Inlandsumsatz (plus sechs Prozent).

Bei der Betrachtung der vom Statistischen Bundesamt bereit gestellten Daten muss jedoch berücksichtigt werden, dass nicht alle Umsatzzuwächse in den klassischen Möbelbranchen entstanden sind: Das Statistische Bundesamt rechnet noch immer die branchenfremden Hersteller von Fahrzeugsitzen zur Sitzmöbelindustrie,

was in der Summe für 2005 ein Umsatzwachstum von fast sechs Prozent ergab. Diese Zulieferer haben in der Vergangenheit von der u.a. guten Konjunktur in der Automobilindustrie profitiert und damit einen beträchtlichen Teil zum Umsatzwachstum der Sitzmöbelhersteller beigetragen. Werden die Fahrzeugsitzhersteller herausgerechnet, so betrug das Umsatzplus 2005 der „klassischen“ Möbelindustrie „nur“ rund zwei Prozent.

Aufgrund der im letzten Jahr deutlich angesprungenen inländischen Nachfrage ist davon auszugehen, dass die diesjährige Differenz im Sitzmöbelbereich jedoch nicht so groß ausfallen wird. Bis einschließlich November 2006 hat der VDM für die „klassischen“ Möbelhersteller ein Umsatzplus von 7,5 Prozent veröffentlicht. Der vom Statistischen Bundesamt ermittelte unbereinigte Umsatzzuwachs für 2006 liegt bei rund sieben Prozent.

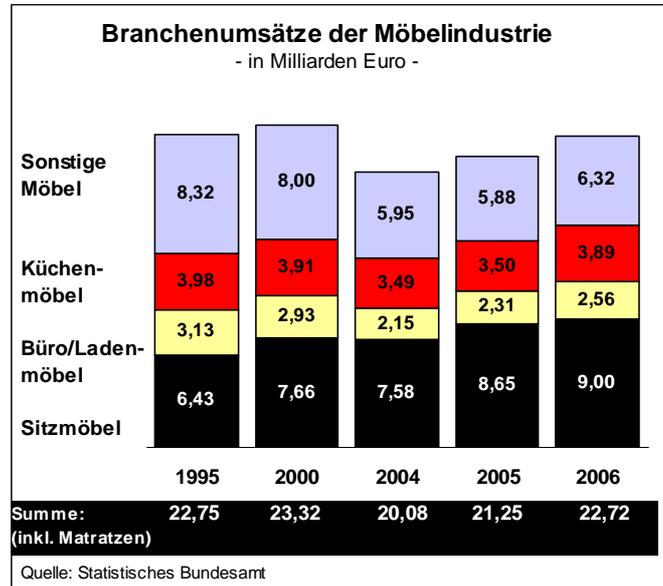


Erstmaliges Umsatzplus in jeder Teilbranche

Im Gegensatz zum Vorjahr konnte im Jahr 2006 jede Teilbranche der Möbelindustrie ihre Umsätze steigern. Selbst die bisher eher verhaltene Binnennachfrage nach Polstermöbeln ist angesprungen und trägt mit einem ein-prozentigen Umsatzplus ihren Teil zu den steigenden Umsätzen des Sitzmöbelsektors bei.

Zweistellige Zuwachsraten bei den Exporten und eine sehr gute inländische Nachfrage haben vor allem den Küchen- und Büromöbelherstellern kräftige Umsatzzuwächse von rund elf Prozent ermöglicht. Allen Unkenrufen wegen der Mehrwertsteuererhöhung zum Trotz sind die Produktionen der Küchenmöbelhersteller bisher gut ausgelastet. Im Massengeschäft kam es zwar zu einer teilweise leichten Abschwächung der bis dahin ungewöhnlich hohen inländischen Steigerungsraten, aber das befürchtete Nachfrageloch ist ausgeblieben. Vor allem hochwertige Küchen werden weiterhin stark nachgefragt und ließen den Inlandsumsatz um über zehn

Prozent steigen. Gleiches gilt für die Büromöbelhersteller, die sich einer regen Nachfrage im Objektgeschäft erfreuen und ihren inländischen Umsatz im zweiten Jahr in Folge ebenfalls kräftig steigern konnten.



Bisher moderate Zunahme der Erzeugerpreise

Verglichen mit dem Holzgewerbe, das im Jahr 2006 teilweise deutliche Preiserhöhungen an seine Kunden weitergeben konnte, ist es der Möbelindustrie erst sehr spät gelungen, Preissteigerungen bei den Möbelhändlern durchzusetzen. Nach Ermittlung des Statistischen Bundesamtes sind die Erzeugerpreise der Möbelhersteller im Jahresverlauf 2006 um durchschnittlich 0,8 Prozent gestiegen.

Ein Grund für die nur geringe Preiserhöhung liegt in der Vertriebsstruktur der Möbelindustrie. Möbelaufträge werden überwiegend auf den entsprechenden Messen abgeschlossen und die Preise gelten zumeist für ein Jahr. Das in anderen Branchen übliche Nachverhandeln von Preisen gibt es in der Möbelindustrie kaum. Des weiteren ist auf die besondere Marktmacht des Handels hinzuweisen, der sich wegen des anhaltenden „Käuferstreiks“ der letzten Jahre von einer Rabattaktion zur nächsten gehandelt hat und den entsprechenden Preisdruck an die Hersteller weitergegeben hat. Hätten die Unternehmen die geplanten Preiserhöhungen bereits im Jahr 2006 branchenweit durchsetzen können, wären die Umsatzsteigerungen deutlich stärker ausgefallen.

3.3 Kostensituation und Produktivität

Was des einen Freud ist des anderen Leid. Als Verarbeiter von Holzprodukten hat die Möbelindustrie im Jahresverlauf zusätzlich zu den gestiegenen Energiepreisen auch mit den Preiserhöhungen des Holzgewerbes zu kämpfen. Nur einzelnen Möbelherstellern ist es bereits zum Jahresende 2006 gelungen, Preisanhebungen an die Kunden weiterzugeben.

„Flächendeckende“ Preiserhöhungen hat der VDM bereits im Herbst 2006 für alle Teilbranchen der Möbelindustrie angekündigt. Die erste Preisrunde konnte auf der Möbelmesse zu Jahresbeginn 2007 durchgesetzt werden. Je nach Teilbranche betragen diese angekündigten Preiserhöhungen drei bis vier Prozent. Nach Berechnungen des VDM sind in einzelnen Teilbranchen wie z.B. der Kastenmöbelproduktion Preisanhebungen von bis zu acht Prozent nötig. Im Polster- und Küchenmöbelbereich liegt der vom VDM ermittelte Wert bei 4,5 bis 4,7 Prozent.

Aber nicht nur Preiserhöhungen lassen die Kassen der Möbelunternehmen klingeln. Auch die Beschäftigten haben in der letzten Zeit ihren Teil dazu beigetragen. Die unentgeltliche Erhöhung der Arbeitszeit um bis zu fünf Stunden (!) hat sich im Lauf des Jahres von wirtschaftlich begründeten Einzelfällen wie eine Epidemie auf die gesamte Branche ausgedehnt. Vor allem die Küchenmöbelhersteller haben die Angst der Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz zum eigenen Vorteil genutzt:

Auszug aus der Mitteilung des VdDK (18.09.06) zur unentgeltlichen Arbeitszeiterhöhung in der Küchenmöbelindustrie:

VdDK-Analyse: Längere Arbeitszeit erhöht Wettbewerbsfähigkeit

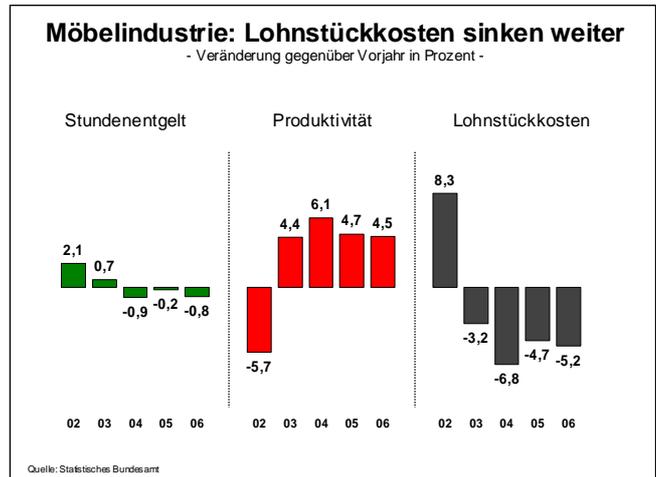
„... Nachdem die Senkung der Lohnstückkosten durch Arbeitszeitverlängerung realisiert worden ist – **und nicht etwa durch Lohnkürzung** – konnte die bessere Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Unternehmen auch bei gleichzeitiger Einkommenssicherung der Arbeitnehmer realisiert werden. ...

So konnten ... seit sechs Jahren regelmäßig Exportzuwächse von mehr als 10 % jährlich realisiert werden. Dort, so Dr. Heumann, werden sich die veränderten Arbeitszeitmodelle überdurchschnittlich auswirken: `Die vereinbarten Arbeitszeitverlängerungen werden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Küchenmöbelindustrie gegenüber ausländischen Konkurrenten steigern, dadurch an der Akquisition zusätzlicher Marktanteile beitragen und für neue Arbeitsplätze in der Branche sorgen.´ ...“

<http://www.vhk-herford.de/de/projekte/news-52.html>
(29.11.06)

Die Behauptung des Verbandes der Deutschen Küchenmöbelhersteller (VdDK), die Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich sei keine Lohnkürzung ist Wunschdenken und nicht nachvollziehbar. Dieser Trend einer faktischen Lohnsenkung muss schnellstmöglich gestoppt werden. Die Beschäftigten haben zum Unternehmenserfolg beigetragen und sollen deshalb auch an ihm teilhaben!

Nach Berechnung des Statistischen Bundesamtes ist die durchschnittliche Arbeitszeit je Beschäftigten in der Möbelindustrie aktuell um 2,7 Prozent auf rund 130 Stunden/Monat gestiegen und hat damit wieder das Niveau von 1995 erreicht. Dementsprechend deutlich sind die Stundenlöhne ins Minus gerutscht. Diese Entwicklung ist keine einmalige Ausnahme, sondern hat bereits vor drei Jahren begonnen und trägt seither zur Entspannung der Kostensituation der Unternehmen bei.



Auch ein weiterer Branchentrend hat sich im Jahr 2006 fortgesetzt: Das erneute Produktivitätsplus von 4,5 Prozent führt ebenfalls zu einer fühlbaren Senkung der Lohnstückkosten um über fünf Prozent. Die einst im Vergleich mit dem Verarbeitenden Gewerbe deutlich höhere Lohnquote konnte dadurch in den letzten Jahren rapide auf nunmehr 16,4 Prozent gesenkt werden. In der Küchenmöbelindustrie ist sie sogar um noch einen Prozentpunkt geringer. Auch in diesem Jahr wird sich diese Entwicklung nicht grundlegend ändern.

Verschärfung der Lieferengpässe kostet Geld

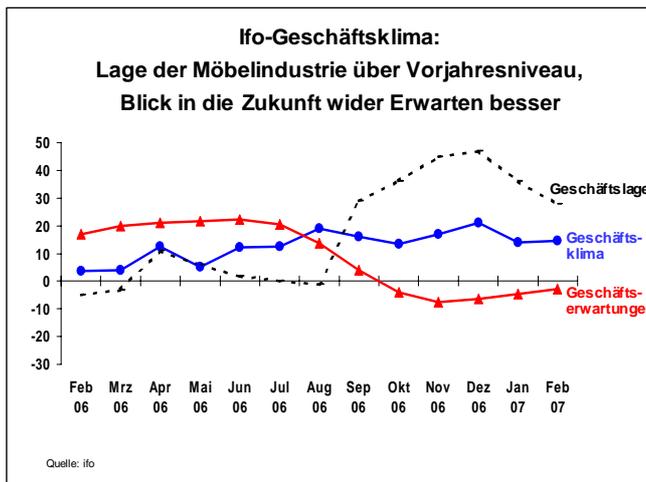
Eine Verschärfung der Lieferengpässe verursacht den Möbelhersteller unnötige Kosten. Da branchenweit kaum neue Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern lediglich die Arbeitszeit ausgeweitet wird, ist bei anhaltender Kapazitätsauslastung - und davon ist zur Zeit auszugehen - mit weiteren Logistik-Engpässen zu rechnen.

Bereits im November mussten volle Container zum Teil bei Speditionen zwischengelagert werden, was gleichzeitig die Verfügbarkeit freier Container für die Auftragsabwicklung einschränkte. Der entstandene Rückstau der versandfertigen Möbel teilweise bis auf das Produktionsgelände der Möbelhersteller hat zum Jahresende 2006 zusätzlich zu den entstandenen Lagerkosten das Image der angeblich nicht lieferfähigen deutschen Möbelindustrie angeknackst. Diese Situation war einer Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Möbelindustrie nicht gerade zuträglich.

3.4 Ausblick: Geschäftserwartung und Prognosen

Die Kapazitätsauslastung der holzverarbeitenden Betriebe hat seit dem Einbruch vor vier Jahren stetig zugenommen und im vierten Quartal 2006 mit fast 90 Prozent das Niveau von 1995 überschritten. Nimmt man den VdDK beim Wort, so müssten nicht nur in der Küchenmöbelindustrie endlich wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Nach wie vor ausgezeichnet fällt die aktuelle Geschäftslage-Beurteilung der vom Ifo-Institut im Februar befragten Unternehmer aus: 41 Prozent der Betriebe sind mehr als zufrieden und 46 Prozent beurteilen die Geschäftslage mit „gut“. Eine so gute Einschätzung hat es seit dem durch die Wiedervereinigung ausgelösten Nachfrageboom nicht gegeben. Im Gegensatz zur außerordentlichen Geschäftsbeurteilung werden nur wenige Beschäftigte von der guten Stimmung profitieren können. Nur zehn Prozent der befragten Betriebe planen in naher Zukunft Neueinstellungen, während 84 Prozent die Beschäftigtenzahlen lediglich konstant halten wollen.



Der vom Ifo-Institut geforderte Blick in die Zukunft fällt in der Möbelindustrie wieder besser aus, als das im Herbst 2006 der Fall war. Der Negativtrend konnte zum Jahresende gestoppt werden. Hintergrund sind die wider Erwarnten guten Auftragszahlen, die den erwarteten negativen „Mehrwertsteuer-Effekt“ bis jetzt verhindert haben. Bisher ist der befürchtete kräftige Einbruch der Bestellungen ausgeblieben, lediglich im unteren Preissegment sind leichte Nachfragerückgänge zu verzeichnen. Branchenübergreifend nimmt vor allem die Nachfrage nach hochwertigen Möbeln weiter zu. Das unverändert positive Exportgeschäft wird auch im nächsten Jahr weiter wachsen, so dass eine branchendurchschnittliche Exportquote von bis zu 40 Prozent in den nächsten Jahren erreicht werden kann.

Die Prognosen der Analysten fallen ebenfalls positiv aus: Ifo-Institut und IKB-Bank rechnen für die Jahre 2007 und 2008 mit einem jährlichen Produktionswachstum in der Möbelindustrie von bis 1,5 Prozent.

4. Verteilungspolitische Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaft:

Gewinne steigen kräftig an

Die ungleichen Verteilungsverhältnisse in Deutschland haben sich in den letzten Jahren weiter verschärft.

- So ist die gesamtwirtschaftliche Lohnquote – der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen – seit dem Jahr 2000 um fünf Prozentpunkte auf 67 Prozent gefallen.
- Umgekehrt ist der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen entsprechend gestiegen.

Das ist ein Stand, den wir zu Beginn der siebziger Jahre hatten. Dahinter steht, dass die Gewinne der Unternehmen deutlich kräftiger gewachsen sind als die Arbeitseinkommen.

- So stiegen die Bruttomonatslöhne seit 2000 nur um 4,9 Prozent.
- Die Gewinn- und Vermögenseinkommen legten mehr als fünf mal so schnell zu, nämlich um 28,6 Prozent.

Der starke Zuwachs bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen ist dabei nicht allein auf die Vermögenseinkommen zurückzuführen.

- Die Gewinne der Personenernehmen sind um 13,9 Prozent angewachsen.
- Die Gewinne der Kapitalgesellschaften (ohne Banken und Versicherungen) stiegen um 42,8 Prozent.

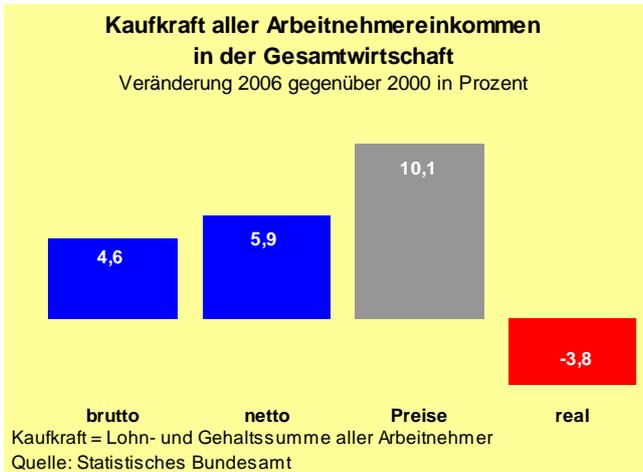
Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, also Zinsen, Mieten, Pachten, Ausschüttungen und entnommene Gewinne stiegen um 12,5 Prozent. Sie fließen zwar auch Arbeitnehmerhaushalten zu, überwiegend aber Haushalten von Selbständigen und Freiberuflern.

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche ist Folge dieser Verteilungsfehlentwicklungen.

- Die Unternehmen haben ihre Ertragslage weitgehend zu Lasten der Beschäftigten verbessert. Aber statt im Inland zu investieren, führen viele Unternehmen ihre Finanzverbindlichkeiten zurück, schützen ihre Ergebnisse an die Shareholder aus oder beteiligen sich an globalen Finanz- oder Realanlagen. So lagen die gesamtwirtschaftlichen realen Bruttoinvestitionen noch im Jahr 2004 um 11 Prozent unterhalb des Niveaus des Jahres 2000. Dabei sind die Bauinvestitionen um 15 Prozent und die Ausrüstungsinvestitionen um sieben Prozent gesunken. Erst mit der anspringenden Konjunktur Mitte 2005 wurde wieder mehr investiert. Daran zeigt sich, dass eine Lohnzurückhaltung zwar zu steigenden Gewinnen führen kann, nicht aber unmittelbar zu Investitionen führen. Dafür muss eine ausreichende Nachfrage da sein.



- Andererseits ist zu beobachten, dass die realen Konsumausgaben zwischen 2000 und 2006 fast überhaupt nicht gewachsen sind. Das ist ein unmittelbares Ergebnis der mäßigen Lohn- und Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre. Obwohl durch die Steuerentlastungen die Nettolohnsumme (+5,9%) stärker anstieg als die Bruttolohnsumme (+4,6%), liegt die Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen wegen der um 10,1 Prozent gestiegenen Preise um 3,8 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2000.
- Ähnliches gilt für die Leistungen aus den Sozialversicherungen wie zum Beispiel für die Renten und das Arbeitslosengeld. Im Ergebnis sind die Masseneinkommen real leicht gesunken (-0,6%).
- Private Kaufkraft kam – wenn überhaupt – nur aus den Einkommen der Selbständigen und Vermögenden.
- Hinzu kommt: Die labile Arbeitsmarktlage und die mäßige Lohnentwicklung haben das Vertrauen der Verbraucher in die künftige Wirtschaftsentwicklung nachhaltig geschwächt. Das zeigt sich an der steigenden Sparquote der Privathaushalte. Der Sparanteil am verfügbaren Einkommen lag im Jahr 2005 bei 10,6 Prozent. Das sind 1,4 Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2000 (9,2%).



Effektivlöhne in Holz- und Möbelindustrie sinken weiter

Die Lohndrift zwischen Tarifergebnis und tatsächlicher Stundenlohnentwicklung hat sich in den letzten Jahren deutlich vergrößert. Effektiv liegen die Unternehmen der Holz- und Möbelindustrie damit weit unter dem gesamtwirtschaftlich notwendigen und branchenwirtschaftlich finanzierbaren Möglichkeiten.

Negative Lohndrift: Effektivlöhne schrumpfen trotz tariflich vereinbarter Lohnerhöhungen

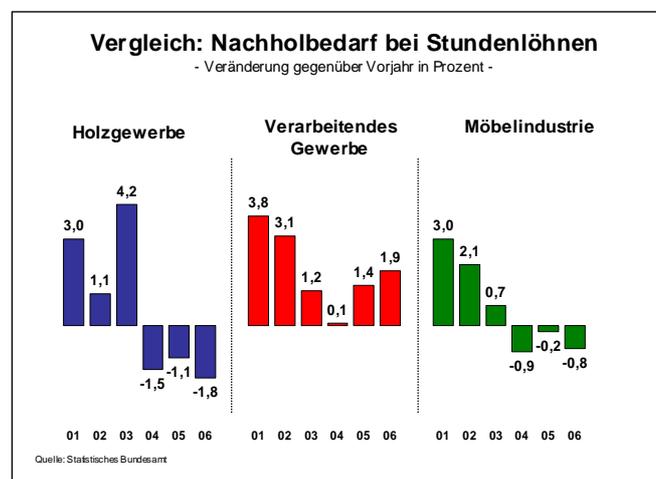
Die effektiv gezahlten Löhne und Gehälter befinden sich weiter im Tiefflug und vergrößern damit die Differenz zu den tariflich vereinbarten Lohnerhöhungen (negative Lohndrift). Dafür gibt es eine Reihe von Gründen:

- Flucht der Unternehmen aus dem Flächentarifvertrag
- Abbau übertariflicher Leistungen
- Eingriff in bestehende tarifliche Leistungen
- Arbeitszeitverlängerung: mehr Arbeit für das gleiche Geld
- Kürzung von Sonderzahlungen wie Urlaubs- oder Weihnachtsgeld

Kalendereffekte: mehr Arbeitstage für dasselbe Geld senken den durchschnittlichen Stundenlohn (zum Beispiel im Jahr 2004), weniger Arbeitstage (wie in 2006) hingegen erhöhen ihn.

Im Vergleich mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des Verarbeitenden Gewerbes stehen die Beschäftigten der Holz- und Möbelindustrie ziemlich schlecht da. Auch wenn die Effektivlöhne im Verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2004 nahezu stagnierten, so sind sie in den übrigen Jahren im Branchendurchschnitt doch gestiegen: 2005 haben sie um 1,4 Prozent zugelegt und im Jahr 2006 konnte ein deutlicher Anstieg von rund zwei Prozent erreicht werden.

Die Stundenlöhne der Beschäftigten der Holz- und Möbelindustrie sind seit 2004 rückläufig, je nach Branche zwischen durchschnittlich 0,6 und 1,5 Prozent. Im Jahr 2006 betrug das Minus in der Möbelindustrie 0,8 Prozent und im Holzgewerbe sogar 1,8 Prozent! Ursache dieser anhaltend negativen Lohnentwicklung ist zum einen das Heraufsetzen der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Zum anderen werden Überstunden nur in Arbeitszeitkonten gutgeschrieben und nicht ausgezahlt. Die Beschäftigten dieser Branchen konnten damit im Jahr 2006 keinen Beitrag zum binnenwirtschaftlichen Aufschwung leisten, von dem die Unternehmen hingegen kräftig profitiert haben.



5. Tarifpolitische Schlussfolgerungen

Tarifpolitisches Umfeld

Die Tarifrunde 2007 findet in einem freundlicher werdenden Konjunkturklima statt. Der konjunkturelle Aufschwung wird derzeit besonders von der inländischen und ausländischen Nachfrage nach Ausrüstungsgütern getrieben. Die Konsumschwäche allerdings ist noch nicht überwunden. Und auch die Staatsnachfrage lässt zu wünschen übrig. Mit der Mehrwertsteuererhöhung und mit Sparmaßnahmen dämpft die Bundesregierung den zyklischen Aufwärtstrend. Umso wichtiger wird sein, dass die Tarifpolitik sowohl die private Nachfrage unterstützt als auch einen Beitrag zur einer gerechten Verteilung des Volkseinkommens leistet.

Wie jedes Jahr bleibt der Ruf der wirtschaftsliberal ausgerichteten Wirtschaftsforschungsinstitute und des Sachverständigenrats nach weiterer „Lohnmoderation“ als Hebel für Wachstum und Arbeitsplätze nicht aus. Eine solche Politik wird nicht zum gewünschten Erfolg führen. Das haben die vergangenen Jahre gezeigt.

Deshalb vertritt die IG Metall auch ein völlig anderes – nämlich offensives - wirtschaftspolitisches Konzept. Dabei spielt die Lohnpolitik eine wichtige Rolle. Aber allein mit der Lohnpolitik als offensives makroökonomisches Instrument lässt sich eine schwache Binnenkonjunktur nicht in Schwung bringen. Entscheidend ist, dass die makroökonomischen Instrumente (Lohn-, Fiskal-, Geldpolitik) optimal aufeinander abgestimmt werden.

Im europäischen Zusammenhang ist ein koordiniertes tarifpolitisches Vorgehen notwendig. Mit Blick auf die Europäische Währungsunion (Euro-Raum) sollte sichergestellt werden, dass nationale Tarifabschlüsse zumindest den kostenneutralen Verteilungsspielraum (Preiserhöhungen, Produktivitätszuwachs) ausschöpfen, um eine verstärkte Lohnkonkurrenz zwischen den Arbeitnehmern der Euro-Länder zu vermeiden.

„Beggar-by-neighbour-policy“ - das ist der Versuch, mit Lohnzurückhaltung gegenüber dem „Nachbarn“ - in diesem Fall dem Ausland - preisliche Wettbewerbsvorteile zu erzielen und damit ausländische Märkte zu erobern. Diese Politik hat das große Risiko, einen internationalen Unterbietungswettbewerb auszulösen. Am Ende nützt das niemanden. Allerdings ist genau das die Politik, die Unternehmen, Verbände und die Wirtschaftsforschungsinstitute einfordern und die bisher keinen einzigen neuen Arbeitsplatz gebracht hat.

Finanzierungskonzept für tarifpolitische Forderungen

Die Tarifforderungen der IG Metall orientieren sich am Verteilungsspielraum aus Produktivitätsfortschritt in der Gesamtwirtschaft, der Inflationsrate und einer Umverteilungskomponente. Dabei berücksichtigt ein solches Finanzierungskonzept nicht allein Entgeltbestandteile, sondern alle finanziell quantifizierbaren Tarifbestandteile.

Grundlagen für Tarifforderungen 20. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall 2003

Wirtschaftspolitik - EntschlieÙung 2, Nummer 4.2:

Hauptmaßstab für die Tarifpolitik der IG Metall sind und bleiben die Komponenten Produktivität, Preise und Umverteilung. Sie stehen zur Finanzierung von Entgelterhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und anderen verteilungswirksamen Elementen der Tarifpolitik zur Verfügung.

Tarifpolitik - EntschlieÙung 3, Nummer 4.2:

Die tarifpolitischen Forderungselemente: Ausgleich der Inflationsrate und der Produktivitätssteigerung sowie Umverteilungskomponente beziehen sich auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der gesamtgesellschaftlichen Verteilungssituation.

- Mit der Produktivitätskomponente sollen die Beschäftigten an gesamtwirtschaftlich entstandenen Wohlstandsgewinnen solidarisch und gerecht beteiligt werden. Auf diese Weise wird das Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich beschränkt. Der soziale Frieden wird gesichert.
- Mit der Preiskomponente soll sichergestellt werden, dass die Kaufkraft der Bruttolöhne erhalten bleibt. Außerdem wird der Gefahr von Deflation vorgebaut.
- Mit der Umverteilungskomponente sollen Verteilungsdefizite korrigiert werden.

Gesamtwirtschaft: verteilungsneutraler Verteilungsspielraum

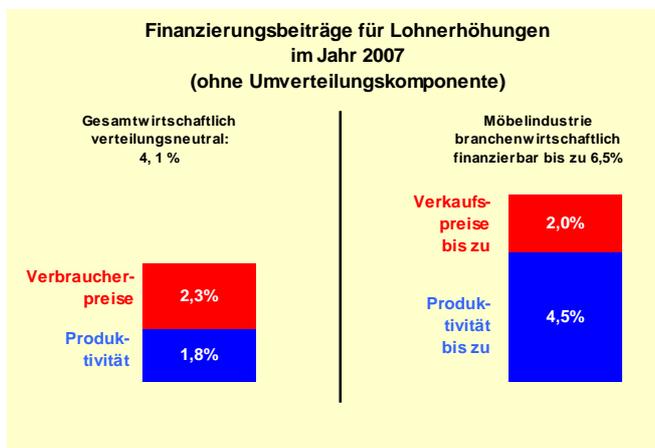
Der verteilungsneutrale Spielraum in der Gesamtwirtschaft liegt ohne den Ansatz einer Umverteilungskomponente im Jahr 2007 etwas über vier Prozent (4,1 %).

- Davon fallen – wegen der besonders in der Industrie anziehenden Konjunktur – auf die Produktivität 1,8 Prozent.
- Auf die Preiskomponente fallen wegen der Mehrwertsteuererhöhung 2,3 Prozent. Die inländischen preistreibenden Effekte der Mehrwertsteuererhöhung im Jahr 2007 – soweit sie nicht schon in 2006 übergewälzt worden sind – werden dabei zum Teil von Preissenkungen in anderen Preissegmenten kompensiert.

Vor dem Hintergrund der schon heute absehbaren schwachen Lohnentwicklung in anderen Sektoren der Volkswirtschaft wird ein Lohnzuwachs von gut vier Prozent in der Möbelindustrie nicht ausreichen, sowohl den für die Binnenkonjunktur wichtigen privaten Verbrauch zu stützen als auch die verteilungspolitischen Ungleichgewichte zu kompensieren.

Finanzierungspotentiale für Tariferhöhungen in der Möbelindustrie

Aufgrund der guten konjunkturellen Dynamik und der sich immer besser entwickelnden wirtschaftlichen Lage der Möbelhersteller wäre ein größerer Beitrag für die konjunkturelle Stabilisierung durchaus vertretbar, keineswegs konjunkturschädlich und durchaus auch finanzierbar.



Die IG Metall erwartet, dass die Produktion in der Möbelindustrie auch im Jahr 2007 weiter zunimmt und - wenn überhaupt - lediglich eine Beruhigung des seit Jahren anhaltenden Beschäftigungsabbaus eintritt, so dass die Produktivität dem Durchschnitt der letzten Jahre entsprechend erneut um 4,5 Prozent steigen wird. Darüber hinaus hat der Verband zu Jahresbeginn Preiserhöhungen von vier bis acht Prozent angekündigt. Selbst wenn davon nur ein geringer Teil umgesetzt würde, ergibt sich nach Berechnungen der IG Metall ein „kostenneutraler“ Finanzierungsspielraum für die Unternehmen der Möbelindustrie von bis zu 6,5 Prozent.

Die dramatische Lohnentwicklung in der Holz- und Möbelindustrie lässt deshalb nur einen Schluss zu: Die Beschäftigten dieser Branchen haben einen enormen Nachholbedarf und müssen an der Entwicklung des Wohlstands teilhaben. Wie am Beispiel der Küchenmöbelindustrie deutlich geworden ist, haben die Beschäftigten in der Vergangenheit mit ihrem faktischen Lohnverzicht einen überdurchschnittlichen finanziellen Beitrag zum branchenwirtschaftlichen Strukturwandel geleistet. Eine gerechte Teilhabe ist deshalb unverzichtbar.

Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen



Nr.02 / 2007
31. Januar 2007

Autoren:

Gesamtwirtschaftlicher Teil:
Ulrich Eckelmann und Wilfried Kurtzke;
Branchenwirtschaftlicher Teil:
Annette Szegfü

Vertrieb:

Ursula Schuster

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand
Wirtschaft, Technologie, Umwelt
D-60519 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (69) 6693 2630
Fax: +49 (69) 6693 80 2630
Mail: wi@igmetall.de
online: www.igmetall.de/download